



**«Für zahlbares
und attraktives Wohnen»**

Luzern, 2. März 2007

Medienmitteilung

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern lanciert Volksinitiative

«Für zahlbares und attraktives Wohnen»

Wer eine Wohnung sucht, bekommt es direkt zu spüren: Die Preise auf dem Wohnungsmarkt haben in der Zentralschweiz stark angezogen, nur wenige preisgünstige Wohnungen werden ausgeschrieben, viele Menschen leiden unter dem Verkehrslärm.

Das ist für den Mieterinnen- und Mieterverband Luzern (MV) nicht akzeptabel. Er startet deshalb heute die kantonale Volksinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen». Ziel ist es, preisgünstige Wohnungen zu erhalten, die Wohnverhältnisse zu verbessern und den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

Das ist nötig: Der Kanton Luzern rührt sich nicht und die Luzerner Kantonalbank treibt mit ihrer Hypothekarzinspolitik die Mieten hoch.

Mit der Verfassungsinitiative «Für zahlbares und attraktives Wohnen» will der MV garantieren, dass im Kanton Luzern die Interessen der Mieterinnen und Mieter - 68 Prozent der Bevölkerung - umgesetzt werden.

Freundliche Grüsse

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Beat Wicki, Geschäftsleiter

Für Rückfragen: Adrian Schmid, Präsident MV Luzern, 076 342 39 51

Für den detaillierten Initiativtext verweisen wir auf die nachfolgende Seite, für die Begründung auf unser nachfolgendes Kurzargumentarium.

Anhang zur Medienmitteilung des MV Luzern vom 2. März 2007

Ergänzung der Staatsverfassung des Kantons Luzern:

«Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen für die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen, tragen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse bei und fördern den sozialen Wohnungsbau.»

Auszug aus dem Argumentarium

Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen für die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen

Der überbaubare Boden ist ein knappes Gut, deshalb steigt sein Preis kontinuierlich an. Die Teuerung der Baukosten und die Ausstattung neuer Wohnungen mit zusätzlichem Komfort tragen ebenfalls dazu bei, dass in Neubauten höhere Mieten anfallen. Ein attraktives Angebot an günstigen Altwohnungen ist zum Ausgleich unerlässlich. Familien mit tieferen Einkommen, Rentnerinnen und Rentner oder Studierende sind auf preisgünstige Wohnungen dringend angewiesen. Beispielhaft haben einige gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften in den letzten Jahren gezeigt, wie Altwohnungen durch umsichtige Sanierungen attraktiv gestaltet und doch preiswert erhalten werden können.

Die öffentliche Hand hat hier eine wichtige Rolle zu spielen. Sie legt Wohnanteile fest, um die Verdrängung von Wohnraum vor wirtschaftlichen Interessen zu verhindern und schützt in Zeiten der Hochkonjunktur den bestehenden Wohnraum vor Kahlschlag. Weiter können Kanton und Gemeinden mit Darlehen und Zuschüssen mithelfen, dass bei Sanierungen die Mietzinse nicht zu stark ansteigen. Gemeinden besitzen oft selber Wohnliegenschaften, welche das Marktangebot ergänzen und so zum Wohnfrieden beitragen.

Kanton und Gemeinden tragen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse bei

Der Alltag wird hektischer. Die Arbeit fordert viel. Die Wohnung wird für viele Menschen der Ort zum Rückzug, zum Ort der Erholung. Eine besondere Bedeutung kommt dabei auch dem Schlaf zu. Tiefer und ruhiger Schlaf ist für die Erholung wichtig. Alle schöpfen daraus die Kraft den Alltag zu bewältigen.

In den letzten 100 Jahren hat sich der Lärmpegel jedoch versiebenfacht. Der Krach ist nahezu allgegenwärtig. Er beeinträchtigt die Fähigkeit einander zuzuhören, und er macht krank. Das Bundesamt für Umwelt führt rund zwei Prozent aller Herzinfarkte auf die Belastung durch Verkehrslärm zurück. 230 000 Menschen sind in der Schweiz übermässigem Verkehrslärm ausgesetzt. Gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002¹ fühlt sich über 50 Prozent der Luzerner Bevölkerung zu Hause regelmässig durch Lärm-Immissionen belastet. Am häufigsten wird Autolärm (24.6%) genannt.

Der MV hat in den letzten Jahren seine Tätigkeit laufend erweitert. Neben der traditionellen Rechtsberatung engagiert er sich für eine hohe Wohnqualität. Warum? Verkehrslärm und Luftschadstoffe machen nicht vor Wohnungen halt. Individuelle Wohnqualität steht immer im Kontext der gesamten Umweltbelastung: Temporeduktion für den motorisierten Individualverkehr in Wohnquartieren und zusätzliche Grünzonen mit Bäumen in den Städten bringen mehr Wohn- und Lebensqualität. Mit der Volksinitiative «Für bezahlbares und attraktives Wohnen» schafft der MV die Verfassungsgrundlage für die Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Kanton und Gemeinden fördern den sozialen Wohnungsbau

Der MV fordert, dass Kanton und Gemeinden Rahmenbedingungen schaffen, die das kostengünstige Bauen fördern:

- Der Kanton schafft im Planungs- und Baubereich Regelungen, die den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.
- Kanton und Gemeinden gewähren an soziale Wohnbauträger günstige Baurechte.
- Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften sollen steuerlich begünstigt werden.
- Die Gemeinwesen fördern mit finanzieller Unterstützung oder Anschubfinanzierung die Gründung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften.
- Kanton wie Gemeinden können mit Darlehen und Zuschüssen je nach Konjunkturlage mithelfen, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten oder zu schaffen.
- Kanton und Gemeinden sorgen mit dem sozialen Wohnungsbau für eine gesunde Durchmischung der Bevölkerungsgruppen - eine Ghettoisierung von Menschen liegt nicht im Interesse einer demokratischen Gesellschaft. Die soziale Integration ist eng verknüpft mit der Wohnsituation. Dies bedeutet: Sozialer Wohnungsbau, der von der Öffentlichkeit gefördert wird, nimmt Rücksicht auf die verschiedenen Einkommen und bietet entsprechend Wohnungen von unterschiedlichen Preislagen an.